

Verkehrsminister gegen Fahrverbote für laute Güterwagen ab 2016

Posteingang x

info@infoline-bahnlaerm.de 6.10.14 10:57 (vor 12 Stunden)

an bahnlaerm-publ.

Wie die deutsche Verkehrszeitung berichtet,

<http://www.dvz.de/rubriken/politik/single-view/nachricht/rader-hochbruecke-wird-durch-bruecke-ersetzt.html>

haben sich die Verkehrsminister der Länder in der Verkehrsministerkonferenz vom 1./2.10.2014 dagegen ausgesprochen, bereits ab 2016 Fahrverbote für laute Güterwagen zu verhängen.

Zitat aus der DVZ:

"Die Länder lehnen kurzfristige Nachtfahrverbote für laute Güterzüge ab.

'Die Anforderungen an den Lärmschutz dürfen nicht dazu führen, dass Schienenverkehre auf die Straße verlagert werden', heißt es.

Sie befürworten aber die frühzeitige Vorbereitung "ordnungsrechtlicher Maßnahmen" ab 2020 für laute Güterwagen, sprich Fahrverbote.

Damit liegen sie grundsätzlich auf der Linie des Koalitionsvertrags von Union und SPD.

Ferner fordern sie, im **freiwilligen Lärmsanierungsprogramm des Bundes** so schnell wie möglich die **Abschaffung des Schienenbonus** zu berücksichtigen."

Aus der vorläufigen TO

http://www.verkehrsministerkonferenz.de/VMK/DE/termine/sitzungen/14-10-01-02-vmk/14-10-01-02-to.pdf?__blob=publicationFile&v=2

ist unklar, ob sich unter TOP 4.10 und 4.11 die Verkehrsminister tatsächlich mit dem Verkehrslärmschutz befaßt haben oder ob diese TOPs womöglich abgesetzt wurden (eine Anfrage beim Bayr. StMI läuft derzeit).

Der Pressemitteilung der Verkehrsmisterkonferenz

http://www.verkehrsministerkonferenz.de/VMK/DE/termine/sitzungen/14-10-01-02-vmk/14-10-01-02-pm.pdf?__blob=publicationFile&v=2

ist zu diesen TOPs jedenfalls nichts zu entnehmen.

Fazit:

Es ist mehr als offensichtlich, dass die Verkehrspolitiker in Bund

und Land es weiterhin mit dem Schutz vor Bahnlärm nicht ernst meinen, sondern die Betroffenen wie schon seit 40 Jahren mit leeren Versprechungen hingehalten werden.

Es ist auch offensichtlich, dass der Koalitionsvertrag, in dem die GroKo eine Verbesserung des Schutzes vor Bahnlärm versprach, nicht das Papier wert ist, auf dem er geschrieben steht: zuerst wird gegen diese Zielvorgabe verstoßen, indem eine Novelle der Schall03 verabschiedet wurde, die den Schutz der Betroffenen de facto weiter verschlechtert, und nun wird offenkundig, dass überhaupt nicht die Absicht bestand, sich mit den Sanktionsdrohungen der GroKo-Vereinbarungen, die ab 2016 beim - bereits jetzt absehbaren - Verfehlen des 50%-LL-Umrüstziels betriebliche Beschränkungen vorsahen, überhaupt näher zu befassen.

Damit wird den Wagenhaltern signalisiert, dass sie nicht umrüsten brauchen, weil es auch bei Verfehlen des Umrüstziels keine Sanktionen geben wird. Damit werden aber auch die angedrohten "ordnungsrechtlichen Maßnahmen" ab 2020 in Frage gestellt. Und dass weder die deutschen - und schon gar nicht die ausländischen - Wagenhalter freiwillig umrüsten werden, haben die VTG (die durch den aktuellen Erwerb der Schweizer AAE nunmehr eine Flotte von 80.000 Güterwagen haben) und der VPI schon am Jahresanfang deutlich artikuliert.

Im Ergebnis wird es an deutschen Schienen auch in den nächsten 10 Jahren weiter lauter und nicht leiser werden.

Bürgergruppe für Sicherheit und Lärmschutz an der Bahn
Ludwig Steininger
Riedlingerstr. 3
D-85614 Kirchseeon bei München
Tel. +49-8091-4753
eMail info@kirchseeon-intern.de